

# Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrestellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Votenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1062, 2063, 3194.

## Notwendigkeiten

Einige Bemerkungen.

In dieser Woche wurde die achte Feierschicht eingelegt. Wie sie die Bergleute trifft, ist zur Genüge bekannt. An Peter und Paul soll ebenfalls auf der ganzen Linie die Arbeit ruhen. Also nur 22 Schichten für den Monat Juni!

Angeichts dieser Lage müssen wir nochmals der Bergwerksdirektion mit allem Nachdruck sagen, daß sie für

### Einpeilung der Feierschichten

sorgen muß. Wenn Frankreich ein Kohleneinfuhrverbot erlassen hat, dann muß es doch möglich sein, der Saarkohle in Frankreich ausreichenden Absatz zu verschaffen. Oder soll das Einfuhrverbot nur für die Kohlen der innerfranzösischen Gruben den notwendigen Absatz sichern?

Die Bergwerksdirektion muß u. E. nach zwei Seiten um die

### Eroberung von Absatzgebieten

bemüht sein: nach der französischen und der deutschen Seite. Seiner Zeit wurde ihr ein bestimmtes Lieferkontingent nach Deutschland eingeräumt. Es wurde in der Vergangenheit aber nicht ganz eingehalten. Also politisch gefährdete Wirtschaftsführung! Die Folgen sind bekannt. Leider treffen sie die Bergleute. Um sie für die Zukunft zu verhindern, muß mit Deutschland

### ein neues Kohlenabkommen

mit einer größeren Kontingentmenge erstrebt werden. Ein solches Abkommen liegt sicher im Bereich des Möglichen.

Daneben muß für eine Frachtermäßigung gesorgt werden, damit auch die Konkurrenzfähigkeit gewährleistet wird. Für diese Ermäßigung kommt nicht nur Deutschland in Frage, sondern vor allem

### die Verkehrsabteilung der Regierungskommission.

Wenn von Deutschland Opfer verlangt werden, dann muß doch die Regierungskommission mit gutem Beispiel vorangehen. Herrn Lambert ist die Gelegenheit geboten, einmal den Beweis zu erbringen, daß er für das Wohlergehen der größten Berufsklasse des Saargebietes in der richtigen Weise zu sorgen bereit ist. Für das französische Militär im Saargebiet waren alle nur möglichen Vergünstigungen eingeräumt. In der Ausgabe von Freikarten ist man auch nicht knauserig, sondern außerordentlich „großzügig“. Wie sehen Leute mit Freikarten erster und zweiter Klasse im Saargebiet herumfahren, die erstens mal gar keine Saarländer und zweitens sicherlich nicht im Eisenbahnbetriebe beschäftigt sind. Wo solches möglich ist, darf es nicht unmöglich sein, den Kohlenabfuhr durch Frachterleichterung zu fördern.

Von einigen Gruben wird uns berichtet, daß ganze Kameradschaften oder gar ganze Abteilungen kurzer Hand nach Hause geschickt werden, wenn in einer Arbeit oder Strecke oder in einem Querschlag ein Bruch gefallen ist. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen Einzelfall, sondern um ständig wiederkehrende Fälle.

Aus den Vorkommnissen ist zweierlei zu schließen: erstens sagen uns die vielen Brüche, daß es mit dem Ausbau sehr schlecht bestellt sein muß, und zweitens geht aus dem „Nachhausechicken“ hervor, daß keine genügenden Vorbereitungen getroffen sein können. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt gefordert:

### 1. vermehrte Vornahme von Ausbauarbeiten.

### 2. Vermehrung der Vorrichtungsarbeiten.

Diese Forderungen liegen durchaus im Interesse aller Beteiligten, sowohl des Grubenbesizers als auch der Bergleute. Eine gründliche Instandhaltung aller Strecken und Querschläge tut nach den Berichten der Bergleute und technischen Beamten bitter not. Geht die Grubenverwaltung dazu über, dann stoppt sie wohl vorübergehend etwas die Förderung, was aber nicht unwirtschaftlich ist, weil beim Anziehen der Konjunktur gut ausgebaute Strecken und Querschläge einer Vermehrung der Förderung sehr dienlich sind. Das Gleiche trifft auch bei der zweiten Forderung zu. Wären genügend Vorrichtungen vorhanden, dann brauchte, wenn mal ein Bruch fielen, niemand nach Hause geschickt zu werden, weil die betroffenen Arbeiter in den annahmebereiten Vorrichtungen beschäftigt werden könnten. Genügend Vorrichtungen machen sich auch belohnt in Zeiten eines flotten Absatzes. Hier könnte die Bergwerksdirektion noch manches tun, was geeignet ist, den Bergleuten ihre Lage zu erleichtern.

Die Kommunisten reden und schreiben noch immer vom Marsch aller Saarbergleute unter ihrer Führung nach Saarbrücken. Mehr als ein Monat ist vergangen, wo es ihnen gelang, die Belegschaft von zwei Gruben zu einer Demonstration zu verleiten.

Diese Forderungen wurden damals aufgestellt. Innerhalb sechs Tagen sollten sie nach den Ausfagen kommunistischer Führer verwirklicht sein.

### Was ist seitdem nun geschehen?

Die Kommunisten hehnten zwar munter weiter gegen die Gewerkschaften, aber zur Erreichung ihrer Forderungen talen und tun sie nichts. Die Gewerkschaften hingegen arbeiten ununterbrochen. Das, was sie erzielen, wie Vermeidung von zwei Feierschichten im Mai, Auszahlung der sozialen Zulage für 6 Feierschichten, wird wohl von den Kommunisten verkleinert und den Bergleuten zu vereln versucht, aber ihre Anhänger stoßen die Gewerkschaftserfolge auch seelenruhig ein. Und wenn demnächst von den Gewerkschaften eine besondere Unterstützung ausbezahlt wird, dann haben die Kommunisten, weil sie nur Zeit zum Untergraben der gewerkschaftlichen Einigkeit haben, daran auch nicht das geringste Verdienst, werden sie aber doch für sich in Anspruch nehmen — und trotzdem munter weiter gegen die Gewerkschaften hehen. Daraus müssen alle Bergleute die Lehre ziehen:

Wägen die Häuptlinge der Kommunisten toben und poltern wie sie wollen, uns können nur die Gewerkschaften helfen, weshalb wir ihnen treu bleiben und sie ausbauen.

## Die Kohlenwirtschaftskrise — Wann wird sie beseitigt?

Schon monatelang verspüren die Bewohner des Saargebietes die wirtschaftliche Krise, die den Saarbergbau belastet. Der vorgenommene Lohnabbau im Saarbergbau, verbunden mit dem Lohnausfall für acht eingelegte Feierschichten, trifft die ohnehin auf schwachen Füßen stehende Saar-Wirtschaft außerordentlich empfindlich. Bleibt die gegenwärtige wirtschaftliche Situation längere Zeit bestehen, so ist die Besürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Saarwirtschaft finanziell einem chaotischen Zustand verfällt, aus dem nur sehr schwer wieder herauszukommen ist. Die Wirtschaft des Saargebietes ist nun einmal in erster Linie auf den Saarbergbau angewiesen und deshalb muß es u. E. Sorge aller für das Saargebiet zuständigen Stellen sein, so zu helfen, daß die Wirtschaftskrise des Saarbergbaues dem Saargebiet nicht unheilbare Wunden schlägt. Eine solche Aufgabe ist nicht leicht, davon sind wir überzeugt, sie muß aber in Angriff genommen und durchgeführt werden. In der praktischen Mithilfe der christlichen Gewerkschaften wird es dabei nicht fehlen. Begegne man uns nicht mit dem fatalistisch klingenden Satz: „Die Verhältnisse sind härter als die Menschen“. Wer sich darauf beruft, bekundet Schwächegefühl. Die Wirtschaft ist für den Menschen da und die Menschen müssen die Verhältnisse zwingen. Auf allseitig guten Willen kommt's an.

Daß die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht leichter Art sind, ergibt sich schon daraus, daß die Wirtschaftskrise im Saarbergbau keine Einzelercheinung ist. Im Gegenteil, die gesamte Kohlenwirtschaft der Welt befindet sich schon seit einigen Jahren in einem Krisenzustand, der leider lediglich mangels praktischen guten Willens noch nicht behoben ist. Der kapitalistische Wirtschaftsgeist, der immer noch reines Gewinnstreben vor die Vernunft stellt, beherrscht noch allzustark die zuständigen Wirtschaftskräfte.

Was ist die Ursache der Kohlenwirtschaftskrise? In erster Linie die

### Überproduktion an Kohle.

Während des Krieges, als in allen Ländern, besonders in den kriegsführenden, ein erheblicher Kohlenmangel sich bemerkbar machte, wurden in allen Kohlenbergwerken Anstrengungen gemacht, um die

Produktion zu erhöhen und so der herrschenden starken Nachfrage Rechnung zu tragen. So hatte allein Nordamerika bis Beendigung des Krieges seine Kohlenproduktion gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht. — Nach Kriegsschluß strömten die zum Heere eingezogenen Bergarbeitermassen in ihre Bergbaureviere zurück und wurde mit Hochdruck in allen Revieren gearbeitet, um die Produktion zu steigern. Der Kohlenmarkt, äußerst ausnahmefähig, weil vollständig leergebrannt, nahm die Produktionssteigerung freudig an. Doch schon nach kurzer Zeit war der Markt gefättigt und bald übersättigt. Bereits im Jahre 1921 machten sich Kohlenwirtschaftskrisen, infolge Überproduktion, bemerkbar. Jetzt wäre die richtige Zeit für den Gesamtbergbau der Welt gewesen, eine Verständigung über die Produktionshöhe aller Bergbaugebiete herbeizuführen, d. h. die Produktion zu kontingentieren. Aber, wie gesagt, Gewinnstreben ging vor Vernunft. Anstatt eine Verständigung zu erstreben und herbeizuführen, die allen Bergbauinteressenten, Besitzern wie Arbeitern, dienlich gewesen wäre, rüstete man in allen Bergbaugebieten zum

### Konkurrenzkampf.

Zunächst wurde zu diesem Zwecke das beliebteste und leichteste Mittel angewandt, das die Berggewaltigen kennen, nämlich durch Lohnherabsetzung und Verlängerung der Arbeitszeit, sowie durch allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Kohle derart zu verbilligen, daß andere Reviere nicht konkurrieren konnten. Da aber in jedem Revier die gleiche Einstellung herrschte, so war der Erfolg für die Bergbaubesitzer zwar diese Einstellung nutzlos, sondern die betroffenen Arbeiter waren am meisten geschädigt. Der Kohlenmarkt konnte eben die Produktion nicht mehr aufnehmen und lehrte damit erneut praktisch, daß nicht mehr produziert werden soll, als der Konsum benötigt. Doch diese Lehre fand keine Beachtung. Man versuchte, das bekannte Dumpingssystem (Preisunterbietungssystem) anzuwenden, um die Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Die Folgewirkung war natürlich weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die interessierte Bergarbeiterchaft konnte, schon sowieso auf dem untersten Existenzniveau befindlich, weitere Ver-

Schlechterungen nicht mehr hinnehmen und es entwickelten sich

Wirtschaftslämpfe von gewaltigem Ausmaße, die man vordem nie gekannt hatte. Wochen- und Monatslang wurden Abwehrkämpfe geführt, die die Kampfeskräfte der Arbeiterschaft bis zum äußersten erschöpften. Erfolge sind kaum erzielt worden. In den meisten Fällen mußten die Arbeiter die ausbilitierten Verschlechterungen hinnehmen. Trotzdem ist eine durchgreifende Besserung der Abfahrverhältnisse nicht zu verzeichnen gewesen. Lag ein Kohlenrevier im Wirtschaftslämpfe, so wurde dies in den andern Revieren stillerzogenlich vermerkt und mit Hochdruck versucht, dem Kampfrevier die Abfahrgebiete zu entreißen. Wurde dann in dem betreffenden Revier der Kampf wieder eingestellt, gewöhnlich mit den bezeichneten Verschlechterungen für die Arbeiterschaft, so versuchte dieses Revier die verlorenen Abfahrgebiete zurückzuerobieren und noch neue zu gewinnen. Das dabei zur Anwendung gelangte Verfahren war ziemlich strupellos.

Den Konkurrenzkampf suchte man nun noch besonders zu verstärken durch eine ausgeklügelte

Rationalisierung

in den Betrieben. Die technischen Einrichtungen wurden verbessert und technische Hilfsmittel vermehrt zur Anwendung gebracht. Gegen die Einführung besserer technischer Hilfsmittel haben wir nicht das Geringste einzuwenden, wenn dies dazu dienen soll, dem Bergmann die Schwere des Berufes zu erleichtern. Doch dieser Gedanke spielt bei den Unternehmern nur eine untergeordnete Rolle. Mehrproduktion ist die Lösung.

Um die Produktion auf die größtmögliche Höhe zu bringen, wurden denn auch die minderergiebigen Flöze stillgelegt und nur noch ergiebige Flöze abgebaut. Auf diese Weise wurde dann der Produktionsanteil pro Kopf der Belegschaft erheblich erhöht. Dies ist besonders in den Bergbaubetrieben Deutschlands, Englands und Amerikas zu bemerken. So wurde im Ruhrgebiet die Kopfleistung gesteigert auf 1122 kg. In Amerika ist die Tagesleistung eines Bergarbeiters unglaublich hoch, sie beträgt nämlich 2 Tonnen; auf den Jochen mit bituminöser (erdpechartiger) Kohle sogar 4 Tonnen.

Ueberproduktion, verbunden mit Rationalisierung, hat bisher in keiner Form dazu beigetragen, die Lage der Bergarbeiter bzw. das Arbeitsverhältnis und die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu verbessern, es ist gegenteilig festzustellen, daß die Bergarbeiterschaft durch das herrschende System erhebliche Verschlechterungen hat hinnehmen müssen.

Es ist für jeden vernünftig denkenden Wirtschaftler ganz klar, daß die Verhältnisse so nicht weiter treiben können. Die Wirtschaftskrise im Kohlenbergbau der Welt muß beendet werden. Dies ist möglich durch eine

echeliche Verständigung

aller Bergbauinteressenten. Diese Verständigung zu ermöglichen und herbeizuführen, wäre eine dankbare Aufgabe des internationalen Arbeitsamtes in Genf. Dasselbe müßte alle Interessenten zu einer internationalen Konferenz einladen, in welcher das Thema: „Kohlenwirtschaftskrise“ eingehend behandelt werden könnte. Bei genügend vorhandenem Willen zur Verständigung würde die Konferenz sicher auch ein für den Gesamtbergbau befriedigendes Ergebnis zeitigen. Die erforderliche Kontingentierung könnte durchgeführt oder die einzelnen Länder in Versorgungsgebiete aufgeteilt werden. Die Preisbildung für Kohle könnte in ein angemessenes Verhältnis zu den Produktionskosten gebracht werden. Arbeitszeit, Lohnregelung und soziales Recht könnten so gestaltet werden, daß dem schwerarbeitenden Bergmann eine gerechte Rechnung getragen ist. Es könnte durch angemessene Regelung erreicht werden, daß die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Bergbaurevieren aufhört und auch das Einlegen von Feierschichten vermieden bleibt.

Wann wird die Vernunft siegen?

J. W.

Anfälle im deutschen und im Saarbergbau

Wenn sengender Wetterstrahl wie heulender Sturm vernichtend den Erdboden durchstößt, wenn das weißglühende Flammenmeer durch die Stollen rast und blühendes schaffendes Menschenleben vernichtet, wenn Todes- und Bergweissungsschreie diese Hölle im Erdinneren erschüttern, wenn Angst und unsagbarer Schmerz das Bergmannsdorf durchpöbert, dann horcht die Welt einige Augenblicke auf und erinnert sich des Tragik im Leben des Bergmannes. Im Landesparlament wird eine Enquete (Untersuchung) beschlossene über die Entschuldigungsursache des Unglücks, die Zeitungen bringen eingehende Einzelberichte über schreckliche Szenen, die sich bei Bergung der Toten abgespielt haben. Den Hinterbliebenen der verbrannten und ersticken Knappen werden Trostmorte gesprochen. Die Versicherungsträger gewähren die gesetzlichen Entschädigungen. Die Welt beginnt wieder zu vergessen und die Welle des Mitleids verweht schnell.

Wer denkt nach solch gewaltigen Katastrophen noch daran, wie

hart und gefährlich das Leben des Bergmannes

ist, der aus der Erde den Grundstoff unserer Wirtschaft, die Kohle, heraus schafft. Wer weiß denn, von welchen Gefahren das Leben und die Gesundheit des Bergmannes täglich und stündlich umlauert sind. Wie viele wissen es denn, daß im deutschen Bergbau im Jahre 1925 jeder 5. Arbeiter einmal verunglückt ist, und daß je drei Bergarbeiter im gleichen Jahre zweimal für 29 Tage krank feiern müssen, daß jeden Tag 5 bis 6 Bergleute tödlich verunglücken.

In der Uebersicht über die Unfallziffern der Reichsknappenschafts-Berufsgenossenschaft werden für 1925 bei einer Belegschaft von 812.526 Bergleuten durchschnittlich 10.574 entschädigungspflichtige Anfälle angegeben. Von diesen Anfällen waren 1681 tödlich. Der Durchschnitt der entschädigungspflichtigen Anfälle beziffert sich demnach auf 13,01 und bei den tödlichen auf 2,07 auf 1000 Versicherte. In den Friedensjahren von 1911 bis 1914 betragen die entsprechenden durchschnittlichen Zahlen im deutschen Bergbau 15,02 und 2,25 auf 1000 Versicherte. Im

Bergbau des Saargebietes

betrauten sich die Unfallziffern im Jahre 1925 bei einer Belegschaftsstärke von 73.255 Versicherten auf 1170 entschädigungspflichtige Anfälle, darunter 60 tödliche. Im Durchschnitt entfallen demnach auf 1000 Versicherte 15,82 entschädigungspflichtige und 0,81 tödliche Anfälle. Die Gesamtzahl der gemeldeten Anfälle überhaupt betrug 1925 15.202 oder 205,94 auf 1000 Versicherte, so daß auch im Saarbergbau durchschnittlich jeder 5. Arbeiter einen Unfall erlitten hat. Die Gesamtzahl der zu entschädigenden Anfälle beziffert sich Ende 1925 auf 6292. An 7801 Personen wurden 3.971.382 Fr. Entschädigungen gezahlt. Im Verhältnis der entschädigungspflichtigen Anfälle steht das Saargebiet ungünstiger als das Reich, auch überträgt die augenblickliche Unfallziffer von 15,82 die Vorkriegsziffer von 15,02 um 0,80 auf 1000 Versicherte. Das würde bedeuten, daß im Saarbergbau gegenüber der Durchschnittsziffer im Reich fast 3 Arbeiter auf 1000 im Jahre 1925 mehr verunglückt sind.

Die Durchschnittszahl der tödlichen Anfälle

von 0,81 auf 1000 Versicherte liegt erheblich unter der des Reiches, es bleibt hier aber zu berücksichtigen, daß das Jahr 1925 für den deutschen Bergbau ein ausgesprochenes Unglücksjahr war, indem 6 Massenunglücke allein 223 Todesopfer gefordert haben. Ein absoluter Vergleich der Unfallziffern des Saargebietes mit der Statistik der Reichsknappenschafts-Berufsgenossenschaft ist nicht ohne weiteres möglich, da die Unfallziffern des Saargebietes nur den Steinkohlenbergbau betreffen, während die des Reiches sämtliche Bergbaubetriebe, auch die weniger gefährlichen Braunkohlen- und Erdoilbergbaubetriebe umfassen, ferner spielen auch die geologischen Verhältnisse, Arbeitszeiten ufm. eine gewisse Rolle.

Im Saargebiet hat sich 1925 die Zahl der angemeldeten

Anfälle gegenüber dem Vorjahre von 15.202 auf 14.833 ermäßigt, die der erstmalig entschädigten dagegen von 1170 auf 1245 erhöht.

Die Durchschnittszahl der erstmalig entschädigten Anfälle ist demnach bei Annahme der gleichen Belegschaftsstärke von 15,82 auf 1000 Versicherte auf 16,84 gestiegen, die der tödlich verunglückten von 60 im Jahre 1925 auf 84 im Jahre 1926. Wenn diese letztere Ziffer noch weit unter der entsprechenden Durchschnittsziffer des Reiches zurückbleibt, so bedeutet sie doch eine Steigerung der tödlichen Anfälle um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Auf 1000 Versicherte berechnet ergibt sich eine Steigerung der tödlichen Anfälle von 0,82 auf 1,18. Die Gesamtzahl der 1926 entschädigten Anfälle beträgt 6495, an 8128 Personen wurden Entschädigungen in Höhe von 6.163.272 Fr. ausbezahlt.

Die vorstehenden Unfallziffern im Saarbergbau haben ohne Zweifel eine steigende Tendenz. In unmißverständlicher Sprache zwingen sie, nach den Ursachen dieser Erhöhung zu suchen. Es ist gewiß, daß ein Teil der Anfälle unvermeidbar sein wird, für die vermeidbaren läßt sich aber eine Grenze bestimmen. Man hat prozentuale Rechnungen aufgemacht über den Schuldanteil der Verletzten bei Unfällen im preussischen Bergbau. In den Jahren 1922 bis 1924 schwankt diese Ziffer zwischen 19 bis 25 Prozent. Auf die Höhe dieses Schuldanteils dürfte, wie unabweislich feststeht,

die gesteigerte Intensität des Betriebes,

mog sie nun in dem Streben des Arbeiters nach einem ausreichenden Lohn oder in dem Antriebe des Unternehmers nach möglichst hoher Steigerung der Produktion ihre Ursache haben, einen nicht geringen Einfluß ausüben. Wie leicht mag es vorkommen, daß der Bergmann aus vorstehenden Anlässen zum höchsten Arbeitseifer angetrieben, ein Warnungszeichen oder eine bergpolizeiliche Vorsichtsmaßnahme außer Acht läßt. Die Bergarbeiterschaft und ihre Fachpresse sagen, daß die Ursache vieler Unglücksfälle auch im Saarbergbau in den schlechten Arbeitsbedingungen zu finden sei, die den Bergmann zur Erlangung eines auskömmlichen Lohnes zwingen, die Unfallverhütungsvorschriften öfter außer Acht zu lassen. Es ist schwer, für all diese Fragen die sichere Grenze zu finden. Die Klagen der Bergleute, die unter dauernder schwerer Bedrohung ihres Lebens arbeiten müssen, erscheinen aber jedenfalls einer eingehenden Prüfung wertig zu sein. Das erfordert schon die Sonderstellung, die der Bergmannsstand in der Volkswirtschaft einnimmt. Auf Grund dieser Sonderstellung hat er ein verstärktes Anrecht darauf, daß im Bergbau nicht allein die Rentabilitätsberechnung ausschlaggebend ist, sondern daß auch auf seine menschenwürdige Daseinsmöglichkeit eine gebührende Rücksicht genommen wird. Auch die Volksgemeinschaft hat ein großes Interesse daran, daß das Leben des Bergmannes, dem die Volkswirtschaft so viel zu danken hat, wirtschaftlich und gesundheitlich ausreichend geschützt ist.

R. W.

Knappschafftliches - Sozialversicherung

Wichtige Ergebnisse der Vorstandssitzung des Saar-Knappschäftsvereins vom 15. Juni 1927

Die Neufestsetzung der Pensionslastenbeiträge wurde wiederum vertagt, da der Vorstand hofft, daß bis Ende Juni die angekündigten Verhandlungen betreffend Würzburger Abkommen in Berlin abgeschlossen sein werden. Nach dem Abschluß dieser Verhandlungen werden wahrscheinlich die gesetzlichen Pflichtbestimmungen betr. Beitragszahlung zur Pensionskasse wieder in Kraft gesetzt.

Die Weitergewährung des sog. Reichszuschusses rief eine längere Debatte hervor. Die vom Reich bzw. Reichsknappschäftsverein zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 2.160.000 RM. sind völlig aufgebraucht. Der Knappschäftsverband hatte bekanntlich bereits in seiner Sitzung im Monat Mai dieserhalb beschlossen, erneut an die Reichsregierung heranzutreten und dieselbe zu bitten, solange den Zuschußbeitrag zu geben, bis das praktische Ergebnis des Würzburger Abkommens sich zeige. Die Knappschäftsverwaltung versuchte dem Beschluß entsprechend Geltung zu verschaffen und richtete ein schriftliches Ansuchen an die Reichsregierung. Von dieser ging dann die Antwort ein, daß das Reich vorläufig keine Mittel frei habe und wurde dem Knappschäftsverein anheimgestellt, aus eigenen Reservemitteln den Reichszuschuß vorläufig zu zahlen. Die Arbeitnehmervertreter gestatteten diese Anregung zu einem Antrage, der jedoch vom Arbeitgeber mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Verhältnisse zu unsicher seien und er nicht zustimmen könne, daß vorhandene Reserven in gleichzeitiger Form Verwendung fänden. Die Arbeitnehmervertreter erklärten daraufhin, daß sie es unmöglich verantworten könnten, daß in der jetzigen wirtschaftlichen Notzeit ein Einkommensausfall bei den knappschafftlichen Rentenempfängern in Erscheinung treten solle in Höhe von 25 Prozent des bisherigen Einkommens und stellen den Antrag, den Reichszuschuß im Monat

Juni auf Kosten der Knappschäftsmitglieder auszu zahlen. Der zur Auszahlung zu gelangende Betrag solle durch einen Sonderbeitrag der Knappschäftsmitglieder in Höhe von 0,50 Fr. gedeckt werden. Der Arbeitgeber erklärte sich auch gegen diesen Antrag, da ihm die Durchführung zu schwierig und umständlich erscheine. Die Arbeitnehmervertreter versuchten nun noch einen Weg. Sie werden die Saarregierung ersuchen, die Bürgschaft zu übernehmen für den Zuschußbetrag des Monats Juni, der dann den Reserveresultaten des Knappschäftsvereins entnommen werden muß. (Die Pensionäre mögen daran erkennen, daß die Gewerkschaften alles tun und alles versuchen, um ihnen zu helfen. Wo aber bleibt jetzt der „Friedverband“?)

Die knappschafftliche Augenklinik

ist in der Fertigstellung begriffen. Der Vorstand erklärt sich damit einverstanden, daß der Augenarzt Herr Dr. Wiedersheim die ärztliche Versorgung der in dieser Klinik untergebrachten Kranken übernimmt. Die genaue Regelung des Anstellungsverhältnisses sowie der klinischen Einrichtung wird dem Lazarett-ausschuß zur Beschlußfassung übertragen.

Die Arzt- und Lazarettfrage in St. Ingbert fand ihre Erledigung in einem die St. Ingberter Knappschäftsmitglieder befriedigenden Sinne. An Stelle des ausscheidenden Knappschäftsarztes Herrn Dr. Schultheß wurde Herr Dr. Reiland (von Gehurt Weispfänger) als Knappschäftsarzt gewählt. Eine Regulierung der Kursprenzel hatte sich als notwendig erwiesen und wurden dieselben genau so eingeteilt, wie die Knappschäftsprengel in Nord und Süd. Die Knappschäftsmitglieder von Hossel wurden dem Kursprenzel Kobrдах zugeteilt.

Zur St. Ingberter Lazarettangelegenheit wurde von dem Vertreter des Gewerkschaftsvereins darauf hingewiesen, daß die Knappschäftsmitglieder von St. Ingbert grundsätzlich wünschen, daß das Knappschäfts-lazarett in der Form bestehen bleibt, wie es bisher bestanden hat und daß die Mitglieder alle Bestrebungen energisch bekämpfen, die dahinzielen, das Lazarett aufzulösen oder in unbefriedigender Weise einzurichten. Die Mitglieder von St. Ingbert hielten

Schon aus historischen Gründen an ihrem Knappschafslazarett fest und betonten sie besonders, daß sie selbst bisher keinerlei Beschwerden, sowohl in ärztlicher als auch in wirtschaftlicher Beziehung, gegen das Lazarett vorzubringen brauchen.

Hierzu wurde von Seiten der Verwaltung erklärt, daß man nun das Lazarett mit möglicher Selbstständigkeit bestehen lassen wolle und diete Herr Dr. Schlarp als erster Facharzt für Chirurgie die absolute Gewähr, daß auch Schwerverletzte wie bisher im St. Ingberter Lazarett untergebracht werden können.

Der Arbeitgeber gab die Erklärung ab, daß auch er nichts gegen die mögliche Selbstständigkeit habe, jedoch im Interesse der vollen Ausnutzung des Lazarett darauf bestehen müsse, daß das Lazarett als Anneze von dem Knappschafslazarett Sulzbach betrachtet werde, damit in dem Falle, daß das St. Ingberter Lazarett nicht vollständig belegt sei, Kranke von Sulzbach überwiesen werden könnten.

Die Arbeitnehmerseite erklärte, daß hiergegen keine Bedenken beständen, umso mehr, als die auf den preussischen Gruben arbeitenden pfälzischen Knappschafsmittglieder lieber in das St. Ingberter als in das Sulzbacher Lazarett gingen. Ein auf Grube Verbach arbeitendes Vorstandsmitglied betonte, daß auch die Knappschafsmittglieder, die auf Grube Verbach arbeiten, lieber ins Lazarett St. Ingbert, als in ein anderes Lazarett gingen. Der ganze Vorstand war sich einig, daß das Lazarett wie bisher bestehen bleiben und voll genützt werden solle.

Als Lazarettarzt für St. Ingbert wurde dann Herr Dr. Schlarp gewählt. Derselbe erhält den Titel Oberarzt. Anstellungsvertrag und Befoldungsregelung wird dem Arztausschuß übertragen.

Herr Dr. Groß, Facharzt für innere Krankheiten im Knappschafskrankenhaus Keunfirchen, erhält ebenfalls den Titel Oberarzt.

Herr Knappschafsarzt Dr. Gansen in Limbach wird auch als Familienkranken-Fürsorgearzt für die Orte Kitzel-Neuhäusel zugelassen.

Die Angestellten hatten beantragt, ihnen bei Krankenhausbehandlung Verpflegung 2. Klasse zu gewähren. Sowohl die Verwaltung als auch die Arbeitervertreter betonten, daß dem Antrag wie vorliegend, nicht stattgegeben werden könne. In einer Krankenkasse können verschiedene Behandlungen und Verpflegungsarten eingeführt werden. Man einigte sich schließlich darin, daß jedes Knappschafsmittglied Sonderbehandlung (Einzelzimmer u. s. w.) im Falle der Durchführungsmöglichkeit beantragen kann, Antragsteller aber auch die erhöhten Kosten aus eigener Tasche bezahlen muß.

Die Vergütung der Knappschafsaltesten für die Verteilung der Kohlenarten und die Verteilung der Familienausweisarten wurde in gleicher Höhe wie im Vorjahre festgesetzt.

### Die Krankenkasse der Kleinroffener Gruben im Jahre 1926

Zur Information anseher auf den De Wendelschen Kohlegruben beschäftigten Mitglieder geben wir nachstehend einen Auszug aus der Jahresrechnung der Betriebskrankenkasse von 1926. Sie weist einen erheblichen Ueberschuß von 683 141 Fr. auf, sowie einen Vermögensbestand, der die gesamten Jahresausgaben übersteigt. Diese günstigen weit über das Durchschnittsverhältnis der Kassen des Landes hinausragenden Vermögensverhältnisse dürften wohl eine durchgreifende Verbesserung der Krankenleistungen ermöglichen, wie sie von den Vertretern der A. B. V. mehrfach beantragt wurden.

Einnahmen:	
Beiträge der Mitglieder	2 104 642,90
Beiträge der Werkbesitzer	1 058 742,65
Beiträge freiwilliger Mitglieder	12 931,80
Sonstige Einnahmen	141 598,09
Zinsen von Kapitalien	75 857,22
Zinsen von Bankguthaben	89 156,37
Erstattung der Vorleistung für die Berufsgenossenschaft	55 618,—
Erstattung des erhöhten Krankengeldes	25 226,96
Rückstehende Krankengelder	3 631,19
<b>Gesamt</b>	<b>3 507 406,68</b>

Ausgaben:	
Krankenbehandlung durch erprobte Kräfte	492 920,80
Krankenbehandlung durch Zahnärzte und Dentisten	70 584,70
Arznei u. sonstige Heilmittel aus Apotheken	217 629,57
Sonstige Arznei und Heilmittel	171 881,05
Krankengelder an Mitglieder	1 259 918,57
Hausgeld an Angehörige der Mitglieder	145 403,16
Sterbegeld	19 593,45
Kar- und Verpflegungskosten an Krankenhäuser	345 494,30
Verwaltungslosten	13 778,47
Sonstige Ausgaben	67 253,24
Erhöhtes Krankengeld	25 226,96
Zulage bei der Rückkunft	54 580,—
Ueberschuß der Einnahmen	683 141,41
<b>Gesamt</b>	<b>3 507 406,68</b>

Vermögensfond am 31. 12. 26.		
Posten:	Fr.	Mark
Bestand am 31. Dez. 1925	2 263 888,54	205 444,81
Kursverlust 61 000,—	2 202 788,54	
Ueberschuß an Einnahmen	683 140,41	
	<b>2 885 929,41</b>	<b>295 444,81</b>
Aktiva:		
Barbestand am 31. Dez. 1926	1 703 015,10	
Guthaben bei der Sparkasse in Forbach	614,85	
Französische Wertpapiere	1 151 700,—	295 444,18
Deutsche Wertpapiere		
	<b>2 885 929,95</b>	<b>295 444,81</b>

### Der Karlinger Knappschafsverein im Jahre 1926

Die Karlinger Knappschafskassenkasse hatte im Jahre 1926 eine Gesamteinnahme von 2 771 844 Fr. zu verzeichnen, auf welche Summe nach Abzug der Rentenzahlungen und Auslagen ein Ueberschuß von 2 039 108 Fr. verbleibt, d. h. nur etwas mehr als 1/4 der Einnahmen brauchen in Angriff genommen zu werden. An Beiträgen wurden 2 261 467 Fr. eingenommen. Der Rest der Einnahmen setzt sich aus Zinsen zusammen. An Ausgaben sind zu verzeichnen für Invaliden- und Altersrenten 310 094 Fr., für Witwenrenten 125 716, Erziehungsbeihilfen 73 000, Abfindungen 9145 Fr. und Rentenzahlungen an andere Kassen 34 697 Fr. An ärztlichen und Arzneikosten kamen 25 000 Fr. zur Auszahlung. Die Verwaltungslosten beanspruchten ca. 125 000 Fr.

Der Vermögensbestand liegt im Geschäftsjahr von 6 035 849 Fr. auf 8 077 958 Fr. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß 1926 11 205.

Die Krankenkasse, die dem Karlinger Knappschafsverein angeschlossen ist, hatte eine Einnahme an Beiträgen von 3 468 530 Fr. (zur Hälfte Arbeitgeber, zur Hälfte Arbeitnehmerbeitrag) und 479 374 Fr. andere Einnahmen, zumeist Zinsen.

An Bar- resp. Naturalleistungen kamen 2 706 000 Fr. zur Auszahlung, darunter 1 964 124 Fr. Krankengeld, 238 453 Fr. Spezialärztliche Honorare, 191 000 Fr. für Krankenhausmedikamente, Autos usw. Das Krankenhaus Frei-

mengen erfordert eine Gesamtanwendung von 466 561, jenes von Karlingen 197 418 Fr. Die Verwaltungslosten der Abteilung Krankenkasse beziffert sich auf 183 460 Fr. Es verbleibt insgesamt ein Ueberschuß von 165 257 Fr. der den Vermögensstand auf 6 077 958 Fr. anwachsen läßt. Zu dieser Summe gilt dasselbe, was wir zum Vermögensbestand der Kleinroffener Krankenkasse gesagt haben. Der Vermögensbestand der Karlinger Krankenkasse stellt den doppelten Betrag der Jahreseinnahmen an Beiträgen dar. Wenn wir bedenken, daß die Strahburger Krankenkasse in ihren leistungsfähigen Bilanzen durchschnittlich nur den 5. Teil der Jahreseinnahmen als Vermögensbestand hatte, so braucht es keiner anderen Worte mehr um zu beweisen, daß die Finanzlage der Karlinger Krankenkasse eine Leistungsausbesserung sehr wohl ermöglichen ließe.

### Rückblick auf die Weltwirtschaftskonferenz

Die verlossene Weltwirtschaftskonferenz in Genf befaßte sich mit dem Generalthema: Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und die Mittel zu ihrer Behebung. Die Plenar- und Kommissionsberatungen der seit einem Jahre vom Völkerbunde vorbereiteten Konferenz erstreckten sich in erster Linie auf den Handel, dann auf die Industrie und auch auf die Landwirtschaft. Volle drei Wochen dauerten die Beratungen. An ihnen nahmen namhafte Wirtschaftsführer, Wissenschaftler und Staatsmänner aus nahezu 50 Staaten der zivilisierten Welt teil. Denischerseits nahmen als Delegierte Staatssekretär Dr. Trendelenburg, Dr. Hermes, Rechtsanwalt Lammers, v. Siemens und Eggert teil. Als Hauptsachverständige fungierten Generalkonful Björnmann, Dr. Srup, F. Baltzsch, Geheimrat Dr. Sering, Franz Behrens, Graf Dr. v. Keyserling und Oekonomierat Keyser. Von internationalen Stellen waren als deutsche Delegierte noch entsandt Generalkonful Kohenberg und die Abgeordnete Frau Dr. Lüders. Die deutsche Vertretung legte von vornherein keinerlei überspannte Hoffnungen hinsichtlich des zu erwartenden Resultats der Konferenz. Man dachte an die Schaffung einer günstigen Atmosphäre für den besseren Ausgleich der Interessen der wirtschaftspolitischen Auswüchse der Nachkriegszeit, die oft nur technischer Art sind. Ferner an die freierliche Gestaltung der internationalen Handelspolitik. Vor allen Dingen dachte man auch an die internationale Vereinheitlichung der Zolltarifverzeichnisse und seitens der Arbeitervertreter an eine gewisse Anerkennung der Sozialpolitik als integrierenden Faktor der Wirtschaftspolitik der Völker. Man kann heute ohne Uebertreibung sagen, daß das Ziel der Konferenz erreicht worden ist.

Naturgemäß konnte ein solches wirtschaftliches Gutachterparlament, dessen Mitglieder nur ihrem Gewissen verpflichtet waren, lediglich den verantwortlichen Politikern der einzelnen Länder Empfehlungen bzw. Resolutionen zur freundschaftlichen Nachachtung vorlegen. In den Handelsresolutionen werden ohne Umschweife die Handelshemmnisse aufgezeigt und verlangt, daß mit allen protektionistischen Subventionsmaßnahmen Schluß gemacht wird, und daß die Zollmauern sukzessive abgebaut werden. Die Beschlüsse der Kommissionskommission atmen bewußt den Geist des Freihandels. Auch die dritte, die Agrarkommission, trat sogar für den Abbau der Zölle ein, allerdings nicht nur der Agrarzölle, sondern auch der Industriezölle, damit die Landwirtschaft wieder zu preiswerten Produktionsmitteln komme. Die französische Delegation, aus Gründen der „Landessicherheit“ und zwingenden wirtschaftlichen Gründen Ausnahmen zu stipulieren, fiel unter den Tisch, da sonst die ganze

### Idealismus

Idealismus ist diejenige Geistesrichtung oder Weltanschauung, welche der stohen Gewißheit lebt, daß es über dem Irdischen und Vergänglichem, dem Gemeinen und Bösen auch noch reine, göttliche Ideen und Mächte gibt, die des Lebens Ursprung und letztes Ziel sind und dasselbe überhaupt erst lebenswert machen, und die darum mit aller Kraft der Seele dahin streben, daß diese idealen Mächte das diesseitige Leben veredeln, die Vergänglichkeit mit Ewigkeitsgehalt erfüllen, die freie Persönlichkeit herausbilden und die Humanität in Divinität, das Menschliche in das Göttliche verklären.

Der Idealismus ist also an keinen Ort und keine Zeit gebunden; er kann sich in jeder Religion und jeder Philosophie, im Leben wie in der Kunst, bei Gebildeten und Angebildeten, bei Bornahmen und Geirigen, bei Jungen und Alten finden. Der Idealismus ist keine Tugend, wie die anderen und neben den anderen, sondern er ist jene Seelenstimmung, aus der das Reine, Gute und Schöne oder doch die Empfänglichkeit dafür hervorwächst. Wo man nach der Palme der Vollkommenheit ringt, in der Hoffnung, sie erreichen zu können; wo man der Selbstsucht entlosg und Liebe übt; wo man den höchsten Maßstab an Verlonen wie Dinge anlegt; wo man großen Mustern in reiner und strenger Pflichterfüllung nachstrebt; wo man mit Faust des Lebens Halle schlägt, lebendig schlagen fühlt und sich vornimmt, zum höchsten Dasein immerfort zu streben; da steht man im Dienste der Ideen und huldigt dem Idealismus... Christian Ruff.

### Wissen ist Macht

„Gewiß, aber das durch Lesen erworbene Wissen wird erst dadurch zur Macht, daß man es in geistigem Sinne zu verdauen und ganz in das Persönliche aufzunehmen versteht. Völlig wertlos und zu nichts nützlich sind daher Kenntnisse, die nicht im praktischen Leben verwertbar und im Notfall zur Hand sind.“

Wissen ist zwar Macht, aber Können ist Reichtum. Mit weit höherem Interesse und einer wahren Freude geht oft die Berufsarbeit — von einer höheren Bewertung der Arbeit nicht einmal gesprochen — vonstatten, wenn man das durch Selbststudium Erworbene in der Berufsarbeit auswirken läßt.“

Diese Zeilen sind einem Schriftchen von Johann Adrio, Verlags- und Versandbuchhandlung, Frankfurt-Rain, entnommen.

„Hebet das berufliche Bildungsziel schreibt der Verfasser weiter:

„Das Ziel aller Bildungsbestrebungen heißt im praktischen Leben die Lebenslage verbessern, die oft mühsame Berufsarbeit für sich und die Allgemeinheit segensreich gestalten und schließlich ein zufriedenes und glückliches Dasein zu führen. Und hierzu gehört nicht viel!

Nur ein Wille und wo ein Wille ist, da ist auch die Tat! Und wo die Tat mit Ruhe und Ueberlegung eingesezt wird, so ist nach dem bekannten Sprichwort: „Fleißig gemacht, ist halb gewonnen“ schließlich auch der Erfolg zu erwarten.“

Wo ein Wille vorhanden ist, gilt es zunächst, diesen zu stärken. Denn ein harter Wille gehört zweifelsohne mit zu den wertvollsten Vorzügen eines Menschen. Fortgesetzt sein Ziel im Auge behalten, unausgesetzt, gewissenhaft und mit großer Fähigkeit an der Verwirklichung arbeiten, heißt schließlich dem höchsten Erfolg zustreben.“

Diese trefflichen Worte des Verfassers können wir nicht besser abschließen als mit den Versen des Dichters Hebel:

Sprich von deinem Wissen wenig,  
Zeig' von deinem Können viel;  
Denn vom Wissen ist das Können  
Nur allein das richtige Ziel!

### Kapital und Arbeit

„Wenn zwei Dinge sich miteinander entwickeln sollen, Industrie und Persönlichkeit, Kapital und Arbeit; wenn beide, wie wir nicht leugnen können, sich in einem gewissen Widerstreit befinden, so kann unsere Auffassung keine andere sein als diese, das Kapital ist für die Arbeit da, nicht die Arbeit für das Kapital; der Mensch ist nicht für die Industrie, sondern die Industrie für den Menschen. Die Persönlichkeit ist mehr als alles Reichtum. Wenn man die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele, so wäre nichts gewonnen.“

Wolff Siedler am 25. November 1899 im Reichstag.

Sache ihren Wert verloren hätte. In der Industriekommission fanden die Kartell- und Rationalisierungsfragen sowie der Ausbau der internationalen Wirtschaftspolitik auf der Tagesordnung. Die dringende deutsch-englische Auffassung durch, nämlich, daß nicht das Primäre im Wirtschaftsverkehr der Völker miteinander die Industriefaktoren sind, sondern ordnungsmäßige und langfristige Handelsverträge, in denen das Recht der Weisbegünstigung vollkommen anerkannt und durchgeführt ist. Die Kontrolle der Kartelle soll Sache der einzelnen Länder sein. Die internationalen Kartelle sollen sich bei Streitigkeiten einem internationalen Schiedsgerichtsverfahren unterwerfen. Sowohl die Kartelle als auch die Rationalisierung sind nur dann anzuerkennen, wenn sie den technischen Fortschritt fördern, die Preise verbilligen, die Warenqualität verbessern und den Lebensstandard des ganzen Volkes heben. Eine Vereinfachung der Weltwirtschaftspolitik und genauere Feststellungen werden dringend empfohlen, um den ungeheuren Spekulationen zu begegnen, die z. B. infolge mangelnder Feststellung der Warenstände usw. immer wiederkehren. Ueber die Probleme der Verschuldung, der Reparationen und der Wanderung sollte nicht geredet werden. Natürlich geschah es doch des Öfteren, und zwar in sehr kritischem Sinne. Sicherlich werden diese immer mehr akut werdenden Fragen die nächste Konferenz, die sicherlich wieder vom Völkerverbund einberufen werden wird, beschäftigen müssen. Denn es wird sich schon in der nächsten Zeit herausstellen, daß eine Aenderung des Dawesplanes und der europäischen Schuldenregelung überhaupt stattfinden muß. Und daß schließlich auch das Bevölkerungsproblem gelöst werden muß. Die aus der Konferenz heraus empfohlenen, sofort in Angriff zu nehmenden Arbeiten soll ein Wirtschaftskomitee beim Völkerverbund, der ähnlich wie der vorbereitende Ausschuss der Konferenz zusammengefaßt sein soll, auf sich nehmen. Die kleine Arbeitergruppe der Vierhundert-Mann-Konferenz, die einige zwanzig Mitglieder zählte, war sehr rührig und machte ihren Einfluß nach Möglichkeit geltend.

Die christlichen Gewerkschaften stellten in der Weltwirtschaftskonferenz zehn Sachverständige, die sowohl in den Kommissionen als auch im Plenum die weltwirtschaftlichen Forderungen des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften vertraten. Die deutsche und außerdeutsche Presse schenkte den Erklärungen und Reden der christlichen Arbeitnehmervertreter größte Beachtung, und manche ihrer Formulierungen sind glatt in den Resolutionen aufgenommen worden. Nun kommt natürlich alles auf die Durchführung der Empfehlungen der Konferenz an. Die hier festgestellten wirtschaftlichen Wahrheiten werden sich langsam, aber sicher durchsetzen. F. B.

### Unfälle im preussischen Bergbau im ersten Viertel 1927

Nach dem „Reichsanzeiger“ vom 4. Juni ereigneten sich im preussischen Gesamtbergbau im ersten Viertel 1927 an Unfällen:

	zusammen	davon tödlich
Untertage	28 810	293
Im Tagebau	1 180	8
Neber Tage	5 506	39
zusammen I/1927	35 535	340
zusammen IV/1926	34 151	335

Wie die Aufstellung erkennen läßt, ist sowohl die Gesamtzahl der Unfälle wie auch die Zahl der tödlichen Unfälle gestiegen.

Von vorstehend angegebenen Unfällen entfielen auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund:

1. Viertel 1927	22 060	215
4. Viertel 1926	21 390	231

Wenn auch erfreulicherweise die Zahl der tödlichen Unfälle in diesem größten deutschen Bergbaugebiet eine Minderung erfuhr, so ist die Zahl der Gesamtunfälle doch weiter gestiegen. Die Zahlen zeigen uns, wie berechtigt die großen Anstrengungen der Bergarbeiterorganisationen sind, die auf eine Verminderung der Unfallgefahren abzielen.

### Arbeitszeit- und Lohnkampf im Siegerland

Die Erzbergleute des Siegerlandes waren seit jeher nicht auf Rosen gebettet. Besonders in der Nachkriegszeit ging es ihnen oft sehr schlecht. Viele Monate hindurch wurden sie von der Arbeitslosigkeit heimgeschickt. Ihre Löhne standen immer tief. Nunmehr hat der Arbeitgeberverein zu einem neuen Schlichte gegen sie ausgeschickt. Er fordert eine Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Ermäßigung der Löhne. Aus diesem Grunde hat er das Lohn- und Arbeitszeitabkommen gekündigt. In dem Begleit Schreiben wird eine Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage auf 8 1/2 Stunden, für über Tage die Beibehaltung der 8 1/2 stündigen Arbeitswoche und eine siebenprozentige Ermäßigung der Tariflöhne verlangt.

Natürlich wehren sich die Bergarbeiterorganisationen gegen die Absicht der Unternehmer. Sie machen geltend, daß der Siegerländer Erzbergbau mit Unterstützung des preussischen Staates und der organisierten Arbeiterkraft einen guten Aufstieg genommen habe. Die Förderung liegt von 77 175 Tonnen im April 1926 auf 176 874 Ton-

nen im Februar 1927. Neben der Förderung konnten auch wesentliche Bestandteile der Halbdavortriebe verkauft werden. Trotz dieser günstigen Förder- und Abfahrentwicklung blieben die Löhne der Bergleute sehr schlecht. Gegenüber dem letzten Viertel 1926 erfuhr sie sogar noch eine Kürzung, wie die nachstehende Tabelle aus den amtlich ermittelten Lohnzahlen mit Deutlichkeit dartut:

Wochenlohn	Durchschnittliche Löhne aller Arbeiter	per Mann und Arbeiter	per Schichtarbeiter unter Tage	per Mann, über Tage
IV/1925	6,06	7,06	5,88	5,34
I/1926	5,91	6,86	5,89	5,27
II/1926	5,80	6,72	5,91	5,27
III/1926	5,85	6,85	5,93	5,29
IV/1926	6,03	7,04	6,07	5,36

Die Lohnzahlen für das erste Viertel 1927 liegen noch nicht vor. Vorstehende Zahlen beweisen aber, daß die Unternehmer erst im letzten Viertel 1926 sich dazu bequemen, die Löhne aufzubessern, obwohl die gute Konjunktur ihnen ein früheres und größeres Entgegenkommen ermöglicht hätte. Die Bergleute des Siegerlandes haben Recht, wenn sie sich gegen die geplanten Verschlechterungen mit aller Kraft zur Wehr setzen.

### Aus dem Lothringer Kohlengebiet Wie legt sich die Belegschaft zusammen?

Das bunteste Völkergemisch dürfte wohl das Lothringer Kohlengebiet aufzuweisen haben. Nicht weniger als 20 Nationen weiß die Belegschaft der Gruben auf. Die Ausländer überwiegen die Inländer. Eine Verschiebung zu Ungunsten der Inländer wird sicher die in der Durchführung begriffene Ausdehnung des lothringischen Bergbaues noch bringen. Das bunte Völkergemisch ist natürlich einer strengen gewerkschaftlichen Organisation nicht günstig. Umso größer ist die Pflicht der Deutschen und Franzosen, sich durch strenge gewerkschaftlichen Zusammenschluß den notwendigen Einfluß im Arbeitsleben zu sichern. Ein Bild über die bunte Zusammenlegung der Belegschaft der lothringischen Gruben gibt eine Zusammenstellung der Bergmannsfamilien in den drei großen Bergmannsorten Reilenbach, Freimengen und Spittel. In diesen drei Orten wurden 22 886 Bergarbeiter mit Familienangehörigen bei der letzten Volkszählung ermittelt. Sie verteilen sich auf folgende Nationen:

	Reilenbach	Freimengen	Spittel	zusammen
Franzosen	3700	3000	3670	10 370
Deutsche	1087	1954	1124	3 805
Polen	1537	1746	880	3 945
Italiener	588	230	288	1 106
Serben	420	1442	355	2 217
Tschechen	350	306	154	810
Ungarn	105	25	22	152
Oesterreicher	81	102	31	134
Belgier	35	14	6	55
Russen	22	22	1	45
Spanier	14	49	—	63
Luxemburger	13	28	1	42
Schweizer	12	12	11	35
Rumanen	6	—	5	11
Marokkaner	5	—	—	5
Holländer	2	1	—	3
Litauer	2	1	—	3
Portugiesen	2	2	—	4
Kubanmerikaner	1	—	—	1
Engländer	1	—	1	2
Inländer	3700	3000	3670	10 370
Ausländer	4283	5573	2960	12 516
zusammen	7983	8573	6330	22 886

Die Zahl der in Lothringen beschäftigten Deutschen ist natürlich weit größer. Vorstehend sind nur die angegeben, die in Lothringen wohnen. Ein noch größerer Teil wohnt im Saargebiet und den angrenzenden Reichsgebieten.

### Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Frankenholtz. Die im Monat April verhängte Gedingefürzung hat anscheinend sich so ausgewirkt, daß die Grube kaum den vereinbarten Durchschnitt erreichte. In der Abteilung 1 der alten Anlage blieb man erheblich unter dem Durchschnitt. Von Revier 7 der Anlage werden folgende Gesamtlöhne mitgeteilt:

Revier Nr. 152 Gesamtlohn pro Schicht	36,22 Fr.
Revier Nr. 153 Gesamtlohn pro Schicht	38,07 Fr.
Revier Nr. 154 Gesamtlohn pro Schicht	37,40 Fr.
Revier Nr. 155 Gesamtlohn pro Schicht	37,41 Fr.
Revier Nr. 163 Gesamtlohn pro Schicht	37,40 Fr.
Revier Nr. 162 Gesamtlohn pro Schicht	33,22 Fr.
Revier Nr. 161 Gesamtlohn pro Schicht	33,22 Fr.

Trotz des großen Lohnunterschiedes hat der Verdienst den tariflichen Durchschnitt nicht erreicht. Da eine solche weiterer Steigerterriere ebenfalls an die Grenze kaum heran kommen, jedenfalls dieselbe nicht wesentlich überschritten wurde, ist die obige Annahme berechtigt.

Grube Dilsburg. Arbeiterauschuss-Sitzung. In der vorletzten Sitzung waren die Ansichten der Arbeiterausshussmitglieder und der Grubenverwaltung hart aufeinander gepakt. Damals mußte die Sitzung abgebrochen werden. Vor Eröffnung der letzten Sitzung ließen die Arbeiterausshussmitglieder der Verwaltung folgende Erklärung abgeben:

„Die Arbeiterausshussmitglieder der Grube Dilsburg erlauben sich, der Verwaltung der Grube nachstehendes zu unterbreiten: Wir sind von der Belegschaft als Sicherheitsmänner und Ausschussmitglieder gewählt worden und laut Gesetz die gesetzlichen Vertreter der Arbeiterschaft. Als solche sind wir verpflichtet, Streitfragen zwischen der Belegschaft einerseits und der Verwaltung andererseits zu schlichten. Diese Aufgabe kann aber nur dann gelöst werden, wenn Verwaltung und Arbeiterausshuss in loyaler Weise zusammenarbeiten. Wir lassen uns nicht von rein politischen oder patriotischen Gefühlen leiten, sondern von der großen Verantwortung der Belegschaft gegenüber. Wir sind der Auffassung, daß dies im beiderseitigen Interesse liegt. Als verantwortungsbewußte Arbeiterversammlung wird daher verlangt:

1. daß wir als gesetzliche Arbeiterversammlung jederzeit angehört und auch in Sitzungen uns frei ausdrücken können und die Sitzungen nicht nach Willkür abgebrochen werden;
2. die von uns vorgebrachten Wünsche und Beschwerden müssen mehr berücksichtigt werden;
3. die Versprechungen, die uns seitens der Verwaltung gemacht werden, müssen auch innegehalten werden.

Wir bedauern, daß seitens der Verwaltung in der Vergangenheit nicht immer der richtige Weg zur Verständigung gesucht wurde und bedauern erneut, daß wir jederzeit zu ehrlicher Arbeit bereit sind.“

Die Verwaltung versprach ihr Bestes zu tun, um eine gegenseitige Verständigung zukünftig zu erzielen. Als Tagesordnung waren in der eigentlichen Sitzung folgende Punkte zu erledigen:

1. Mängel in der Badeanlage.
2. Wagenschmierer.
3. Gezähetransport der 2. und 3. Sohle.
4. Gezähebeseuerung und Transport.
5. Instandsetzung des Grubenweges von Dilsburg nach Betschweiler.
6. Öffentliche Bekanntmachung der Löhne.
7. Ausbau der Fahrtrabbe.
8. Verabfolgung einer Abschrift des Protokolls von der Sitzung an die Ausschussmitglieder.

Zu 1. Die Mängel sollen beseitigt und ein Mann soll ständige Kontrolle ausüben, damit zukünftig die Uebel beseitigt werden. Zu 2 wurde zugesagt, daß die Wagen besser geschmiert werden sollen. Zu 3. Die Wünsche der Kameraden betr. des Gezähetransports zur 2. und 3. Sohle werden ebenfalls erfüllt. Zu 4. lehnt es die Grube ab, den Jagweg in Ordnung zu bringen. Ebenfalls verweigerte man die zu Punkt 5 verlangte öffentliche Bekanntmachung der Löhne. Dem zu Punkt 6 geäußerten Wunsch, die Fahrtrabbe zu erweitern, wird stattgegeben. Abgelehnt wurde dann weiterhin die unter 8 geforderte Abschrift des Protokolls der jeweiligen Arbeiterausshuss-Sitzungen.

Man hätte erwarten können, daß die Verwaltung auch die unter Punkt 5, 6 und 8 angeführten Wünsche berücksichtigte.

Grube Reichenbach. Ausschuss-Sitzung am 1. Juni. Nach Eröffnung der Sitzung schilderten die Sicherheitsmänner die allgemeine Lohnlage, um dann die Lohnverhältnisse in einzelnen Abteilungen näher zu kennzeichnen. Sie wiesen nach, daß es viele Kameraden gibt, die unter dem vereinbarten Gedingelohn von 10 Fr. verdienen. Die Verwaltung erwiderte, daß auf der ganzen Anlage der Durchschnittslohn 10,83 Fr. betrage. Ihr könne man keinen Vorwurf machen, da einerseits schlechter Wille der Arbeiter (?) vorliege, andererseits eine gleiche Bezahlung nicht möglich sei. Die Angaben der Verwaltung wurden von den Sicherheitsmännern energisch bestritten. — Ueber vorzugsweise Behandlung von Schichtführern über Tage will die Verwaltung mit dem zuständigen Ausshussmann eine Prüfung vornehmen. Wegen dem öfteren Erschöpfen der elektrischen Lampen, besonders Montags, will die Verwaltung eine Untersuchung vornehmen. Die Förderer sollen wasserdichte Bedachungen erhalten. Klagen über schlechtes Gezähe sollen geprüft werden. — Das Geld für die Wochenbeihilfe soll in Zukunft sofort nach Eingang von der Grubenbetriebskasse an die auswärts wohnenden Kameraden geschickt werden. Soweit wie möglich will die Verwaltung dafür sorgen, daß hinterreiche Familien frei werdende Grubenwohnungen erhalten. Die Pacht für gemietetes Grubenland soll zukünftig in drei Raten in Abzug kommen. Die wegen Jagunfall am 16. Mai verletzten Schichten sollen ermittelt werden und die Frage einer Vergütung wohlwollend geprüft. Um das bestehende Mißtrauen gegen die Kassaführerverwaltung zu beheben, wird dem Ausshuss zugesagt, daß er jederzeit Einsicht in die Geschäftsbücher nehmen kann.

Rathilbeischaft. Am 8. Juni fand in Abteilung 23 die Wahl des Sicherheitsmannes statt. Es erhielten Stimmen: der Gewerkschaftskandidat Matthias Kohl 9 und der Verbandskandidat St. Kohl 8 somit gewählt.

Tauschmann sucht Haus. Johann Kiefer aus Büllingen, Marktstraße, zur Verlegung von Grube Annaschacht nach Victoria. Meldungen beim Kameraden oder dem Vorstehenden Peter Konrad, Büllingen, Bahnhofstraße. — Ferner sucht Haus Johann Groß, Neuweiler, Wingerstraße 5, zur Verlegung von Grube Dilsburg nach Bon der Heydt. Meldung beim Kameraden oder Bezirksbüro Saarbrücken.

### Bekanntmachung

Der 26. Wochenbeitrag (Woche vom 19. bis 25. Juni) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Kiefer. Verl. des Gewerkschafts-Druckers H. Kiefer, Saarbrücken. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.